



Newsletter *Migration und Integration*, Ausgabe 17 / 2011

Bremen, 16. November 2011

Sehr geehrte Damen und Herren, Liebe Freundinnen und Freunde,

in dieser Ausgabe berichten wir über die zurückliegende Bürgerschaftswoche. Zentrales Thema dieser Woche ist die zum Jahresende auslaufende Bleiberechtsregelung, die sowohl hier in Bremen als auch im Bund und in den anderen Bundesländern diskutiert wird. Außerdem kommentieren wir den Vorschlag unseres Koalitionspartners zum Wahlrecht für Nicht-EU-BürgerInnen.

Viel Freude beim Lesen wünschen

Zahra Mohammadzadeh und Antrhin Simon

Wahlrecht für Nicht-EU-BürgerInnen

Ein Beitrag von Zahra Mohammadzadeh

Wir freuen uns, dass unser Koalitionspartner inzwischen soweit ist und nach Jahren nun ein urgrünes Thema aufgreift: zukünftig soll es nicht mehr nur BürgerInnen aus EU-Ländern möglich sein, die Stadtbürgerschaft zu wählen, sondern ebenso auch Menschen, die aus einem Land außerhalb der EU stammen, aber schon seit Jahren Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt sind. Die jahrelange Forderung der Grünen, damit endlich eine Gruppe von Menschen an einem der wichtigsten demokratischen Rechte teilhaben zu lassen, wurde dank der erfolgreichen Koalitionsverhandlungen in den Vertrag mit der SPD aufgenommen. Bereits in der letzten Legislatur hat sich der nichtständige Ausschuss Wahlrecht damit befasst und erkannt, dass die rechtliche Umsetzung schwierig ist. Daher haben die Grünen nun mit der SPD vereinbart, zur Überprüfung den Staatsgerichtshof einzubeziehen.

Das Wahlrecht ist ein zentraler Bestandteil der Identifikation des Bürgers und der Bürgerin mit dem Staat, in dem er oder sie leben, und mit seiner Grundordnung. Nur wer das Wahlrecht ausüben darf, fühlt sich als vollwertiger Bürger, als vollwertige Bürgerin angenommen, geschätzt, kann sich hier wirklich zuhause fühlen. Von den

Menschen, die in einer Demokratie leben wollen, wird erwartet, dass sie sich zu dieser Demokratie bekennen. Aber umgekehrt können die Menschen dann auch erwarten, dass sie von den wichtigen demokratischen Rechten nicht ausgeschlossen werden. Sie wollen als gleichberechtigte BürgerInnen dieser Demokratie behandelt werden. Gleichberechtigt kann aber in der Demokratie niemand sein, der nicht auch das Wahlrecht ausüben darf. Das Wahlrecht für Nicht-EU-BürgerInnen ist nicht nur um des Prinzips willen zu befürworten, auch nicht nur um seiner selbst willen, sondern es ist darüber hinaus ein zentrales Anliegen jeder ernst gemeinten Integrationspolitik. Daran arbeiten wir.

Bericht aus der Bürgerschaft

Eine wirksame Bleiberechtsregelung für Flüchtlinge

Die derzeit geltenden bundesgesetzlichen Bleiberechtsregelungen laufen zum 31. Dezember 2012 aus, Anlass für einen Dringlichkeitsantrag der rot-grünen Fraktionen. Die Zahl der in Bremen lebenden Menschen, die für ihren Aufenthalt nur einen Duldungsstatus haben, der immerfort nur verlängert wurde ("Kettenduldungen"), wurde in der Regierungszeit von SPD mit Grünen zwar schon halbiert. Dennoch gibt es eine große Gruppe von Menschen, an der diese Regelungen vorbei gehen. Der nun beschlossene Antrag fordert den Senat auf, weiterhin die Ermessensspielräume Bremens zum Abbau der verbliebenen Kettenduldungen mit dem Ziel auszuschöpfen, einen vollständigen Verzicht auf Kettenduldungen zu erreichen. Insbesondere aber soll er sich auf der Innenministerkonferenz im Dezember für eine Übergangslösung für diejenigen einsetzen, die eine Aufenthaltserlaubnis auf Probe haben und die Voraussetzungen zum 1. Januar 2012 nicht erfüllen. Bitte lesen Sie weiter unter:

http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/395/395930.die_sitzungen_im_november_2011.html

Den Dringlichkeitsantrag finden Sie unter:

http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/395/395950.antrag_eine_wirksame_bleiberechtsregelun.pdf

UNHCR-Flüchtlinge in Bremen aufnehmen – Bremen sagt immer noch ja!

Zu Beginn dieses Jahres hat die Bremische Bürgerschaft für das Land Bremen erklärt, dass Bremen sich an Resettlement-Programmen der UNHCR und der Bundesregierung durch die Aufnahme von Flüchtlingen beteiligen wird. Das Land Bremen hat damit ein deutliches Zeichen der Humanität und der Bereitschaft zur Hilfe gesetzt. Den betroffenen Menschen muss unbürokratisch geholfen werden. Die Linke hat in der jetzigen Bürgerschaft jedoch beantragt, den Antrag noch einmal zu beschließen. Das bedarf es aber nicht, denn diese Regierungskoalition steht nach wie vor für eine humanitäre Flüchtlingspolitik, für eine liberale Einbürgerungspolitik und für eine dauerhafte Integration der hier lebenden Migrantinnen und Migranten. Jedoch erwartet die grüne Bürgerschaftsfraktion vom Senat, dass die Beschlüsse des Parlaments auch unverzüglich umgesetzt werden. Weshalb sich dieser Prozess

so in die Länge zieht, soll nun in der staatlichen Deputation für Inneres geklärt werden. Aus diesem Grund wurde der Antrag der Linken nicht abgelehnt, sondern an die Deputation überwiesen. „Wir wollen Innensenator Mäurer die Gelegenheit geben, über seine Anstrengungen in diesem Bereich zu berichten und gleichzeitig erfahren, ob und was er diesbezüglich für die kommende Innenministerkonferenz plant“, so Björn Fecker, innenpolitischer Sprecher der grünen Bürgerschaftsfraktion.

Aus dem Bund

Bleiberechtsregelung - jetzt sind auch die Bundesländer gefragt

Zum Vorstoß der rheinland-pfälzischen Integrationsministerin für eine gesetzliche Bleiberechtsregelung ohne Stichtag, erklärt Josef Winkler, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Sprecher für Flüchtlingspolitik: Wir begrüßen die Initiative der Integrationsministerin von Rheinland-Pfalz, Irene Alt, das Thema "Bleiberecht ohne Stichtag" bei der nächsten Innenministerkonferenz aufzusetzen. Denn mit dem Auslaufen der Bleiberechtsregelung Ende 2011 droht vielen in Deutschland lebenden Menschen, die derzeit nur über eine Aufenthaltserlaubnis "auf Probe" verfügen, ein Ende ihres vorläufigen Bleiberechts. Ihnen droht der Rückfall in die Duldung und die Perspektivlosigkeit. Das darf dem Gesetzgeber sowohl in Bund wie auch den Ländern nicht egal sein. Lesen Sie weiter unter:

http://www.gruene-bundestag.de/cms/presse/dok/396/396501.bleiberechtsregelung_jetzt_sind_auch_die.html

Rechte Gewalt zu lange verharmlost

Zu den neuesten Erkenntnissen über die Mordserie aus offenbar rechts-extremistischem Motiv erklären Claudia Roth und Cem Özdemir, Bundesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: "Wir sind schockiert über das Ausmaß der menschenverachtenden Gewalt aus offenbar rechtsextremistischen Kreisen. Sollte sich der Verdacht auf die Existenz rechtsterroristischer Strukturen bestätigen, zeigt das eine völlig neue Dimension rechtsextremistischer Bedrohung in der Bundesrepublik. Diese Bedrohung muss von Staat und Gesellschaft entschieden bekämpft werden, die möglichen Auswirkungen für den Zusammenhalt der Gesellschaft sollten allen klar sein. Es stellt sich unweigerlich auch die Frage, ob aus den Anschlägen von Solingen und Mölln bis Hoyerswerda und Rostock die richtigen Schlüsse gezogen wurden. Es ist unfassbar, dass in Deutschland offenbar über fast eine Dekade hinweg Morde aus rechtsextremem Motiv heraus geschehen konnten, ohne dass eine Spur zu den Tätern führte. Lesen Sie weiter unter: <http://www.gruene.de/einzelansicht/artikel/rechte-gewalt-zu-lange-verharmlost.html>

Aktuelles

Online-Aktion „Für eine neue Bleiberechtsregelung!“

Informieren. Mitmachen. Weiterleiten. Appellieren Sie mit PRO ASYL an die Innenminister und nehmen Sie teil an der Online-Aktion „Für eine neue Bleiberechtsregelung!“ Weitere Informationen und die Kampagne finden Sie unter: <http://www.proasyl.de/de/home/aktion-fuer-ein-neues-bleiberecht/>

Veranstaltungen

Ältere MigrantInnen und Altenhilfe – „Köprü“

Im Dezember 2009 hat das Zentrum für Migranten und Interkulturelle Studien (ZIS) das Projekt "Köprü" ins Leben gerufen. Ziel des Projektes war es, älteren MigrantInnen den Zugang zu Angeboten der Altenhilfe zu erleichtern. "Köprü" bedeutet Brücke und bezieht sich auf die Funktion der SeniorenbegleiterInnen, die zwischen älteren MigrantInnen und Trägern der Altenhilfe Brücken bauen sollen. Wie genau das aussieht und was die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen des Projekts bisher erreicht haben, erfahren Interessenten bei einer **Informationsveranstaltung am heutigen Mittwoch, 16. November, von 16.30 bis 18.30 Uhr im EuropaPunkt Bremen, Am Markt 20.**

Wirtschaft integriert - Interkulturelle Gründungsvielfalt trifft öffentliche Institutionen

Erstmals können Existenzgründer/-innen und Selbstständige mit Migrationshintergrund an einem Abend mit der Lebensmittelüberwachung, dem Finanzamt, der Handelskammer, dem Zollamt und dem Gewerbeaufsichtsamt in Kontakt treten. Der B.E.G.IN-Arbeitskreis „Interkulturelle Gründungsvielfalt“ organisiert in Kooperation mit der Handelskammer Bremen die Veranstaltung, die im **Großen Saal der Handelskammer, Haus Schütting, am 17. November, um 16 Uhr** stattfinden wird. Weitere Infos finden Sie unter:

http://www.begin24.de/komplett_text.asp?nummer=211609

Auf dem rechten Auge blind – Wie tief geht die rechte Terrorszene?

Unter diesem Titel laden die Grünen für diesen Sonntag, 20. November 2011, um 11 Uhr ins Café Ambiente am Osterdeich 69 zu einer öffentlichen Podiumsdiskussion ein.

Jahrelang konnte eine rechtsextremistische Terrorbande durch Deutschland ziehen und Menschen ermorden, Anschläge planen, Bomben bauen und werfen. Die Verbrechen wurden als Terrorakte nicht erkannt. Es hieß, es handele sich um Einzeltaten, sie seien nicht zusammengehörig, angeblich nicht politisch motiviert.

Wie konnte es passieren, dass seit zehn Jahren zwei und zwei nicht zusammengezählt wurde, weder von der Polizei noch vom Verfassungsschutz? Wie

kam es dazu, dass jahrelang ein rechtsextremistischer Hintergrund ausgeschlossen wurde? Wie gefährlich ist die rechte Terrorszene? Welche Konsequenzen müssen Politik und Bevölkerung aus den brutalen Terrorakten ziehen?

Diesen Fragen gehen auf dem Podium nach:

Marieluise Beck / MdB und ehem. Migrationsbeauftragte

Hans-Joachim von Wachter / Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz

Bernd Wagner / Kriminalist und Experte für Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus (angefragt)

Matthias Güldner / Fraktionsvorsitzender der Grünen und Vorsitzender der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) für die Arbeit des Verfassungsschutzes

Ansprechpartnerinnen für Nachfragen:



Zahra Mohammadzadeh, integrations- und migrationspolitische Sprecherin
zahra.mohammadzadeh@gruene-bremen.de

Tel.: 3011 – 155



Antrhin Simon, Parlamentsreferentin für Migration und Integration
antrhin.simon@gruene-bremen.de

Tel.: 3011 – 238

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* keine Haftung.

Zum Abmelden des Newsletters führen Sie folgenden URL im Browser aus:

<http://mail.gruene-mail.de/mailman/listinfo/migration-bremen>